

Von Sarah Drücker und Britta Kremers

Extrem daneben

LOTTA gewinnt vor dem VG Düsseldorf gegen den Verfassungsschutz NRW

Die Verfassungsschutzämter gehen verstärkt gegen ihnen missliebige antifaschistische Initiativen, Verlage und Zeitungen vor. In Bayern traf es die "Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V." (a.i.d.a.), in Nordrhein-Westfalen den "Unrast-Verlag", die "Terz" und die LOTTA, die im aktuellen Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik "Diskursorientierter Linksextremismus" geführt wurden. Anfang Juni jedoch hat die LOTTA einen Erfolg vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf erzielt: Sie darf zunächst nicht mehr im Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2008 genannt werden – eine Schlappe für die Schlapphüte.

Schon seit längerem drängt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz (VS) als vermeintlich zivilgesellschaftlicher Akteur in die politische Bildungsarbeit, sei es durch die Organisation von Jugendkongressen, Bildungsveranstaltungen für MultiplikatorInnen oder durch Vorträge an Schulen. Er versucht damit, seine Sicht von "extrem" und "nichtextrem" in der

Gesellschaft zu verankern (vgl. LOTTA #29, S. 5). Der Verfassungsschutz hat offenbar erkannt, dass er seine Existenz – und nicht zuletzt die Zuweisung von Geldern – weitaus besser legitimieren kann, wenn das geheimnisträgerische Sammeln von Informationen öffentlichkeitswirksam durch eigene Angebote der kostenlosen Wissensvermittlung flankiert wird. Als

"hochproblematisch" bezeichnet der Publizist Eberhard Seidel in einem taz-Artikel das Vordringen der Verfassungsschutzämter in die politische Bildung. Die Geheimdienste würden in bestimmten Bereichen der politischen Bildung zunehmend eine Monopolstellung als Fortbilder einnehmen. Und zwar schlicht und ergreifend deshalb, weil sie kostengünstiger seien. Auch unter politischen Gesichtspunkten ist es mehr als nur bedenklich, wenn staatliche Geheimdienste Aufgaben staatlicher und zivilgesellschaftlicher Bildungsträger übernehmen.

Diffamierung von antifaschistischen Initiativen

Zeitgleich mit dem Engagement des Verfassungsschutzes im zivilgesellschaftlichen Bereich ging eine Diffa-



Das Interview wurde geführt von Tomas Sager

»Neue Dimension«

LOTTA im Interview mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Wolfram Kuschke

Wolfram Kuschke ist seit Mai 2005 Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Unna I – eine Region, in der "Autonome Nationalisten" besonders aktiv sind. Kuschke ist Sprecher der SPD-Fraktion im Hauptausschuss des Landtages. Von 2002 bis 2004 war er Chef der Staatskanzlei des Landes NRW, anschließend bis zur vorigen Landtagswahl NRW-Minister für Bundes-, Europaangelegenheiten und Medien. LOTTA-Gastautor Tomas Sager sprach mit Kuschke über Neonazis, die Politik der Landesregierung und den VS-Bericht.

Herr Kuschke, in Dortmund griffen Neonazis am 1. Mai eine DGB-Demonstration an. Sie haben auf den Fall von "Todeslisten" in Holzwickede aufmerksam gemacht.

Erleben wir eine neue Dimension der Gewalteskalation von Rechtsaußen in NRW?

Ich denke in der Tat, dass da eine neue Dimension – ich scheue ein bisschen zurück vor dem Wort Qualität – der

mierung von antifaschistischen Initiativen und kritischen Bildungsangeboten und Medien einher.

Ziel des Verfassungsschutzes ist offenkundig, diese Projekte ins politische und gesellschaftliche Abseits zu manövrieren und ihnen ihre Akzeptanz bei ihren LeserInnen, (Gast-)AutorInnen und InterviewpartnerInnen zu nehmen. Mit den Verfassungsschutzberichten soll das Gelände abgesteckt werden, auf dem in Deutschland aus staatlicher Sicht der politische Diskurs stattfinden kann. Wer im Verfassungsschutzbericht als "Extremist" markiert wird, soll vom politischen Diskurs ausgeschlossen werden. Damit wird zwar kein Verbot und keine rechtlich durchsetzbare Freiheitseinschränkung ausgesprochen, aber der Ausschluss der im Verfassungsschutzbericht erwähn-

ten Organisationen aus dem politischen Diskurs wird von einem Großteil der Gesellschaft bereitwillig nachvollzogen. Organisationen, die im Verfassungsschutzbericht als "extremistisch" eingestuft sind, werden auch in den allermeisten Medien so bezeichnet. Ausnahmen, d.h. kritische Auseinandersetzungen mit den Wertungen des VS, gibt es nur sehr selten. So übernahm etwa die *Münstersche Zeitung* unkritisch die Einschätzung des Geheimdienstes über den *Unrast-Verlag*, obwohl – wenn man einmal in den Publikationen des Verfassungsschutzes nachsieht – Bücher des *Unrast-Verlages* sogar in den VS-Publikationen empfohlen werden (etwa in "Musik – Mode – Markenzeichen, Rechtsextremismus bei Jugendlichen").

Auch die Aufführung der anarchistischen Zeitschrift *Schwarzer Faden* im Bericht offenbart Merkwürdigkeiten. Wie eine Zeitschrift, die schon 2004 (!) ihr Erscheinen eingestellt hatte, im Jahr 2008 in der Lage sein soll, links-extremistische Ziele voranzutreiben, bleibt ein Geheimnis des Verfassungsschutzes.

Schlappe für Schlapphüte

Nachdem der Verfassungsschutz NRW die Lotta zum ersten Mal in ihrem fast zehnjährigem Bestehen im Verfassungsschutzbericht über das Jahr 2008 in der Rubrik "Diskursorientierter Linksextremismus" aufführte, beantragte die Lotta einstweiligen Rechtsschutz vor dem VG Düsseldorf – und gewann. Der Verfassungsschutz darf

Gewalteskalation von Rechtsaußen erreicht worden ist. Auch die Zahlen im Verfassungsschutzbericht machen das ja deutlich, dass dort ein erheblicher Anstieg ist. Und Todeslisten, das ist nun wirklich etwas, was zutiefst faschistische Züge trägt. Wir hätten uns sicherlich alle nicht vorstellen können, dass so etwas im Jahre 2009 in der Bundesrepublik auftaucht.

In einer aktuellen Stunde zu den Vorfällen in Dortmund haben Sie der Landesregierung Konzeptionslosigkeit im Umgang mit der extremen Rechten vorgeworfen. Wie meinen Sie das?

Es ist durchaus so, dass es Ansätze in Ressorts der Landesregierung gibt, also bei der Schulministerin, beim Innenminister, aber ich sehe nicht, wie das miteinander verbunden ist, sodass man sagen kann, man hat hier ein

geschlossenes Konzept, wo die Ziele klar umrissen sind, wo die Maßnahmen, die Instrumente drin sind, bis hin zur Finanzierung. Und was ich insbesondere vermisse, ist, dass der zentrale Ort, wo das zu geschehen hat, nicht eindeutig benannt ist, und das sind die Städte. Ich habe in der Landtagsrede deutlich gemacht: Die Auseinandersetzungen finden nicht vor dem Landtag statt, sondern die finden in den Städten statt. Die haben sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Und die haben sich in der Vergangenheit sehr alleine gefühlt, was man beispielsweise auch sehr stark am Beispiel der Stadt Dortmund nachvollziehen kann, wo es dem Einsatz von engagierten Gruppen, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderen zu verdanken ist, dass da Flagge gezeigt worden ist, wo in den vergangenen Jahren aber auch beispielsweise er-

hebliche Kosten entstanden sind, die mühsam aufgebracht werden mussten – auch noch von den Gruppen und Bürgern, die sich dort gegen Rechts zur Wehr gesetzt haben. Und da wäre eine andere Hilfestellung sicherlich notwendig.

Antifaschistische Initiativen und Medien haben schon vor Jahren vor einer Eskalation rechter Gewalt gewarnt. Offenbart sich auch hier ein Versagen von Innenministerium und Verfassungsschutz?

Ich weiß nicht, ob hier versagt worden ist, weil ich nicht beurteilen kann, ob dem Innenministerium und dem Verfassungsschutz dort entsprechende Erkenntnisse vorgelegen haben. Aber ich erinnere mich natürlich an Diskussionen, wo diese Bedenken, wie ich glaube, nicht ernst genug ge-

die LOTTA zunächst, d.h. bis zu einer Entscheidung in dem Hauptsacheverfahren, nicht mehr nennen.

Was der Verfassungsschutz mit dem Begriff des "diskursorientierten Linksextremismus" meint, erschließt sich nicht. Der VS spricht nebulös von "Netzwerken und Medien, die den Zusammenhalt innerhalb der Szene und die Verbreitung linksextremistischer Ziele vorantreiben" und subsumiert darunter alle möglichen Zeitungen, Zeitschriften und Verlage, die nach seiner Ansicht "linksextrem" und damit verfassungsfeindlich sind.

Die Behörde habe "nicht substantiiert dargelegt", dass die Voraussetzungen für eine Beobachtung vorlägen, so das Gericht. Der Verfassungsschutzbericht enthalte "keinerlei Begründung oder Erläuterung, aus der sich ergibt, warum speziell diese Zeitschrift genannt wird". Diese Begründungen konnten auch in den weiteren Schriftsätzen des VS an das Gericht nicht nachgeliefert werden. Er lavierte vielmehr herum und führte sogar aus, dass die LOTTA "nicht selbst als Beobachtungsobjekt" genannt

werde und die Erwähnung der Zeitschrift nicht zur "Klassifizierung" der LOTTA selbst erfolgt sei. Das VG Düsseldorf fasste es prägnant zusammen: "Insbesondere geht [der Verfassungsschutz] selbst nicht davon aus, dass im Falle [der LOTTA] (...) oder auch nur bei einzelnen Autoren von Beiträgen in der 'LOTTA' verfassungsfeindliche Bestrebungen nachgewiesen sind."

Wenn aber die LOTTA nicht verfassungsfeindlich ist, darf sie auch nicht in einem Verfassungsschutzbericht genannt werden, schließlich greift eine Benennung massiv in die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit ein. Der VS sah dies anders: Nachteile für die LOTTA könne man nicht erkennen, schließlich mache die Erwähnung im VS-Bericht die Zeitschrift für ihre Autoren- und Leserkreise "eher interessant". Na dann.

Nach dem Urteil des VG Düsseldorf wurde neben der Nennung der LOTTA ein kompletter Absatz gelöscht, in dem auch die Publikationen *anti-atom aktuell*, der *Kassiber* aus Bremen und die *TERZ* aus Düsseldorf, *SWING* aus Frankfurt, *ZECK* aus Hamburg und

barricada aus Nürnberg genannt wurden. Dies wurde wahrscheinlich aus Gründen der Vorbeugung gegenüber weiteren Klagen vollzogen und deutet darauf hin, dass versucht wird, sich juristisch besser aufzustellen.

Ähnlich wie der LOTTA ergeht es auch der *a.i.d.a.* in München, die seit etwa 20 Jahren eine feste Größe der antifaschistischen Arbeit in Bayern ist und mehrfach mit Preisen ausgezeichnet wurde. Trotzdem oder gerade deshalb wurde *a.i.d.a.* nun im aktuellen bayerischen Verfassungsschutzbericht als angeblich "linksextremistisch beeinflusste" Organisation benannt, was zu Kritik von der *Süddeutschen Zeitung* bis hin zu Parteien wie der SPD und den Grünen führte. Exakt zum selben Zeitpunkt erhielt der *Bayerische Jugendring* (BJR), bei dem die *Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus* angesiedelt ist, Post vom bayerischen Verfassungsschutz, in der dem BJR nahe gelegt wird, *a.i.d.a.* aus seinem Netzwerk auszuschließen. Das BJR setzte diese Anweisung sofort um und schloss *a.i.d.a.* am 24. April offiziell aus dem Beratungsnetzwerk aus.

nommen worden sind. Möglicherweise – wie oft in entsprechenden Situationen von heute aus gesehen – stellt sich das als Versäumnis dar.

In der Landtagsdebatte wurden CDU und FDP nicht müde, vor dem "gewalttätigen Linksextremismus" in Deutschland allgemein zu warnen. Ist diese undifferenzierte Gleichsetzung nicht ein Hohn gegenüber den Opfern des gewalttätigen Neonazismus in NRW?

Ja, sie ist zumindest strategisch falsch. Also wir haben es – und das belegt der Verfassungsschutzbericht – im Augenblick zu tun mit einer konkreten, fassbaren, gewalttätigen rechtsextremistischen Szene. Das stellt sich akut als Bedrohung. Ich gehöre zu denjenigen, die natürlich auch der Auffassung sind, dass wir uns auch mit dem Linksextremismus auseinandersetzen

müssen. Aber man muss doch gucken: Was passiert tatsächlich? Und da sehe ich die eindeutige Gefahr im rechtsextremistischen Bereich.

In der Vorabfassung des Verfassungsschutzberichtes für 2008 erscheint schon das Bekenntnis zum Antifaschismus als potenziell linksextrem. Weht nun auch in dieser Behörde ein schärferer Wind von rechts?

Ich halte es auf jeden Fall für unklug und auch nicht angemessen, die Gruppierungen, die sich zum Schwerpunkt vorgenommen haben, sich mit dem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen, gleich in die andere Ecke reinzustellen. Das wird dem Anliegen der Menschen dort nicht gerecht. Und man muss sich ja auch darüber im klaren werden, was das für Bürgerinnen und Bürger sind, die sich dort enga-

gieren. Das sind in unseren Städten alles ehrenwerte, honorige Menschen. Da sind die Kirchen mit dabei, da sind die Gewerkschaften mit dabei. Und insofern ist das zumindest ein dummer Vorwurf, der da gemacht wird.

Bei einem Workshop Ihrer Fraktion zur extremen Rechten in NRW wurde von Teilnehmern aus Dortmund eine Falschdarstellung im Verfassungsschutzbericht über die Gegendemonstrationen zum "Antikriegstags"-Aufmarsch im vorigen September beklagt. Außerdem wurde ein antifaschistischer Kongress zum Thema Neonazismus in Dortmund, der von einem breiten Bündnis unterstützt wurde, im Verfassungsschutzbericht erwähnt.

Die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, **Helga Schmitt-Bussinger**, erinnert dies fatal an den Radikalenerlass der siebziger Jahre.

Solidarität gegen Kriminalisierung des Antifaschismus

Der Verfassungsschutz NRW wollte offensichtlich mit seiner Rubrik des "Diskursorientierten Linksextremismus" ein Instrument schaffen, mit dem auch Zeitungen und Publikationen von Verlagen aus dem politischen und gesellschaftlichen Diskurs ausgegrenzt werden können, die nicht nur in der Linken gelesen werden, sondern auch in die "Mitte der Gesellschaft" hinein wirken. Dabei geht es sowohl um die Deutungshoheit über den "Extremismus" als auch um die Diffamierung von staats- und gesellschaftskritischen Positionen im Umgang mit Rechts. Ziel des VS ist offenkundig, den Begriff und die historische Tradition des Antifaschismus unter extremismustheoretischen Generalverdacht zu stellen: Antifaschismus gleich Linksextremismus gleich Demo-



kratiefeindlichkeit, so die ebenso falsche wie ideologisch motivierte Zuschreibung. Damit sollen Projekte wie die antifaschistische Zeitschrift LOTTA ins politische und gesellschaftliche Abseits gedrängt und ihnen der Einsatz für demokratische Errenschaften abgesprochen werden.

Dabei scheinen solche verqueren Extremismuskonstrukte offensichtlich nicht zuletzt durch die politische Prägung der Landesregierung beeinflusst zu sein, die sich zudem gestört fühlen könnte, wenn sich Zeitschriften wie die LOTTA nicht nur auf die Beschäftigung mit der extremen Rechten konzentrieren, sondern etwa auch die "Braunzone" zwischen der extremen Rechten und dem real existierenden Konservatismus in den Blick nehmen oder staatsoffizieller Politik einen anti-rassistischen Ansatz entgegenstellen. Jetzt hat der Verfassungsschutz vor Gericht eine Schlappe erlitten, die hoffentlich andere linke Projekte ermutigt, sich politisch und juristisch zu wehren, wenn der Verfassungsschutz sie mit abstrusen Konstruktionen in der Öffentlichkeit diffamiert. Es ist wichtig, dass antifaschistische Initiativen und Projekte weiterhin in der politischen und gesellschaftlichen Debatte wahrgenommen werden, wenn sie ihre Stimme erheben und sich der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung entgegenstellen. ★

Weitere Informationen in der MONITOR-Ausgabe Nr. 40: www.apabiz.de/publikation/monitor/index.htm#2009

Ja, das kann aber daran liegen, dass der Verfassungsschutzbericht von seiner Anlage her untersucht, welche Gruppen sind dort beteiligt, und stößt möglicherweise auf eine Gruppe, wo die Vermutung durchaus vorhanden sein kann, dass dort auch Linksextremismus eine Rolle spielt. Das kann aber nicht zur Konsequenz haben, dass man sozusagen die gesamte Veranstaltung und das Anliegen unter einen solchen Verdacht stellt. Da finde ich, muss schon differenziert vorgegangen werden.

Antifaschistische und antirassistische Bündnisse vor Ort sind ein wirkungsvolles Instrument zum Schutz und zur Vorbeugung gegenüber der Einflussnahme von Rechtsaußen. Wie beurteilen Sie die Unterstützung dieser kommunalen Initiativen?

Ich glaube, der Schwerpunkt der Auseinandersetzung muss wirklich in den Kommunen liegen. Dort finden ja auch die Aktivitäten der Rechtsextremisten statt. Dort ist Informations- und Beratungsbedarf, ob es um den Umgang mit angekündigten Demonstrationen geht, ob es um den Verdacht geht, dass in Geschäften Gegenstände mit dem Hintergrund von rechtsextremistischem Gedankengut verkauft werden, ob es um Treffpunkte von Rechtsextremisten geht. Das alles spielt sich vor Ort ab. Und insofern muss eine Strategie dagegen auch kommunal ansetzen. Und da komme ich auf den Punkt Konzeptionslosigkeit zurück. Da fehlt mir die Einsicht der Landesregierung, das wirklich als eine kommunale Strategie zu begreifen und von daher auch die Initiativen entsprechend zu unterstützen.